



Dezernat 1 Zentraler Service	06.09.2023 Bearbeitet von: Hannes Gieseler	Drucksachen-Nr. 137/2023	Vorlage	
			X	öffentlich
				nicht öffentlich

Beratungsfolge	Termin	TOP
Rat	07.09.2023	13.

Gemeinsame Resolution zur Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung und Integration in Wilnsdorf

Der Bürgermeister der Gemeinde Wilnsdorf sowie alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, sehen sich gezwungen, Ihnen unsere großen Sorgen bzgl. der aktuellen Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung und Integration in unserer Gemeinde zu schildern.

Zur Klarstellung halten wir vorab fest, dass wir ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a des Grundgesetzes stehen und unser Menschenmöglichstes tun, um dieses unerschütterliche Menschenrecht zu gewährleisten.

Im tiefen Verständnis für Solidarität und soziale Verantwortung wurden und werden deshalb beträchtliche Anstrengungen unternommen, um den ständig steigenden Zahlen der Flüchtlinge gerecht werden zu können. Wie alle Kommunen in Deutschland stehen auch wir vor der Herausforderung, dass die Kapazitäten zur Unterbringung erschöpft sind. Wir können, wie viele andere Kommunen auch, keine geordnete Unterbringung mehr gewährleisten. Auch die Bemühungen um Integration stoßen mittlerweile an Kapazitätsgrenzen. Die Unterbringung in Massenunterkünften ist auch in Wilnsdorf leider bereits Alltag, stellt jedoch das Gegenteil von Integration in den Ort dar.

Konkret bemängeln wir, dass es nicht sein kann, dass wir immer mehr Menschen aufnehmen aber keine Entscheidungen oder nur sehr verzögerte Entscheidungen über das Bleiberecht getroffen werden. Es ist weder den betroffenen Flüchtlingen gegenüber, noch den Kommunen oder allgemein der deutschen Gesellschaft gegenüber angemessen und fair, dass Flüchtlinge viele Jahre hier in kommunalen Unterkünften auf eine Entscheidung zu ihrer Bleibeperspektive warten müssen. Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, dass eine schnelle Entscheidung innerhalb von wenigen Wochen getroffen werden muss, ob die asylsuchenden Menschen bleiben dürfen oder nicht. Und wenn sie bleiben dürfen, dann sollen ihnen auch sofort jedwede Rechte und Pflichten eines Bürgers der Bundesrepublik übertragen werden, z.B. eine Arbeitserlaubnis oder Integrationskurse. Im Gegenzug müssen dann aber auch alle abgelehnten Asylsuchenden zurückgeführt werden. Ansonsten werden die Kommunen zeitnah nicht mehr wissen wie sie die Menschen unterbringen sollen.

Der zur Verfügung stehende Wohnraum ist begrenzt und der Mangel betrifft die gesamte Gemeinde. In Anbetracht der sich abzeichnenden zunehmenden Zahl von zugewiesenen Flüchtlingen fordern wir eine koordinierte strategische Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, der Landesregierung

NRW sowie dem Kreis Siegen-Wittgenstein. Wir erwarten Taten statt wohlfeilen Worten. Wir sind der Überzeugung, nur gemeinsam können wir den Anforderungen gerecht werden, und uns den humanitären Ansprüchen stellen.

Die vielfältigen Probleme, die die Sozialämter, die Jobcenter, die Ausländerbehörden, die Polizei usw. zu bewältigen haben, sprengen den personellen und finanziellen Rahmen der jeweiligen Behörden und sorgen außerdem für eine negative Wahrnehmung in der Bevölkerung. Dazu muss man aber ganz deutlich sagen, dass der Großteil der asylbegehrenden Ausländer sich unauffällig und positiv verhält und mit den jeweiligen Behörden kooperiert. Wie immer, sind es aber die relativ wenigen Personen, die durch ihr Verhalten auffällig werden und immense Kapazitäten an Verwaltungskraft binden, ohne dafür wirksame Konsequenzen fürchten zu müssen.

Unsere Heimat, die Gemeinde Wilnsdorf, ist mehr als nur ein Ort auf der Landkarte. Hier ist der Ort, an dem unsere Familien und Freunde miteinander leben. Hier ist der Ort für gelebte Solidarität auch mit den uns zugewiesenen Flüchtlingen. Allerdings bröckelt diese Solidarität dann, wenn weiterhin Turnhallen nicht für den Vereinssport und Gemeinschaftshäuser nicht mehr für gesellige Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Ebenso bröckelt diese Solidarität auch dann, wenn Kindergarten- und Schulplätze nicht mehr vorgehalten werden können, weil es durch Flüchtlingskinder zu einer erhöhten Nachfrage kommt und damit eine Konkurrenzsituation entsteht. Um weiterhin den nötigen Rückhalt auch in der Bürgerschaft zu erhalten, fordern wir Sie auf, nun Taten sprechen zu lassen und unsere berechtigten Sorgen und Bedenken ernst zu nehmen.

Wir fordern daher eine transparente, menschenwürdige aber auch konsequente Regelung für die Einwanderung in die Bundesrepublik und die Anerkennung von asylsuchenden Menschen. Wir fordern schnelle Entscheidungen, damit die betroffenen Menschen, aber auch die Behörden Klarheit haben. Außerdem fordern wir, dass die Entscheidung dann auch mit klaren Konsequenzen verbunden wird, in die eine oder andere Richtung.

Darüber hinaus fordern wir eine umfangreichere Finanzausstattung, um insbesondere die oben geschilderten Begleiterscheinungen abmildern zu können, so dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Solidarität untereinander nicht bröckeln.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Wilnsdorf beschließt, die vorstehende Resolution an die Bundesregierung, die Landesregierung NRW, an den Städte- und Gemeindebund NRW, den Landrat Andreas Müller sowie an alle für Wilnsdorf zuständigen Abgeordneten überregionaler Parlamente zu senden.

Der Bürgermeister

Gieseler